Schwedens einmütiges Urteil.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

mb. **Stockholm**, 9. Mai.

Sowohl die schwedische Presse als die weitesten schwedischen Volkskreise bekunden in Beurteilung der Versailler Friedensbedingungen eine Einmütigkeit, die seit langen Jahren nicht zu verzeichnen war. Von der äußersten rechten bis zur äußersten linken Presse ist kein einziges Blatt zu finden, das nicht in mehr oder minder scharfer Tonart seinem Unmut Ausdruck gäbe. Das führende konservative „Svenska Dagbladet" schreibt: „Wenn wir Wilsons vierzehn Punkte hier erwähnen, so tun wir dies lediglich des Kontrasteindruckes wegen. Liberia und Siam erhalten nunmehr ihren Lohn für ihre unauslöschlichen Verdienste um die heilige Sache der Kultur. Deutsches Eigentum wird im Namen der höchsten Moral geraubt." — „Stockholms Dagblad" meint, man habe in Paris wohl darauf gebaut, daß das erschreckende Werk der Hungerblockade mit ihren Folgen, wie gewaltige Kindersterblichkeit, und die Abführung der deutschen Kriegsgefangenen zur Zwangsarbeit Deutschland mürbe machen werde. — „Nya Dagligt Allehanda" bezeichnet die Versailler Bedingungen als „dunkelstes Blatt in der Kulturgeschichte der Menschheit", während „Aftonbladet" hofft, daß Deutschland diesen Gewaltfrieden rundweg ablehnen werde, denn mehr verlieren als durch die Versailler Bedingungen könne das arme Deutschland auch nicht durch deren Ablehnung. Auch die liberale Presse ergreift nunmehr in ganz unzweideutiger Weise Deutschlands Partei. „Stockholms Tidningen" schreibt: „Die unparteiisch urteilende Nachwelt wird keinesfalls Deutschland als den allein schuldigen Teil einer schneeweißen Gegenpartei gegenüber bezeichnen. Deutschland ist nur durch den Druck einer unerhörten Hungerblockade schließlich besiegt worden, und die schrecklichen Bedingungen, die ihm jetzt diktiert werden, dürften zu Folgen führen, die sowohl für die Menschheit als Gesamtheit als auch für die Sieger selbst sich als schicksalsschwer erweisen werden." Am bezeichnendsten aber ist die Haltung des „Socialdemokraten", dessen Leiter Branting von unsern Gegnern so häufig als gewissermaßen ihr Sachverwalter für Schweden betrachtet worden war. Brantings Organ geht mit den Versailler Bedingungen erbarmungslos zu Gericht: „Durch diese Gegenteil eines Verständigungsfriedens wird das ganze deutsche Volk in Harnisch geraten. Die raubgierigen Fäuste des Kapitalismus grinsen durch jede Zeile. Die jetzt vorgelegte Form eines Friedenswerkes demütigt und fordert heraus nicht nur das deutsche Volk, sondern uns alle, die wir unser Friedensideal in Menschlichkeit, Billigkeit und Gerechtigkeit erblicken." Die linkssozialistische „Politiken" nennt die Versailler Bedingungen einen „schamlosen Erobererfrieden, der lediglich Rachegefühl und Haß, neue Erschütterung und neue Kriege nach sich ziehen dürfte." Seit gestern habe ich sämtliche Stockholmer und wohl die meisten schwedischen Provinzzeitungen studiert und keine einzige gefunden, die dem Versailler Weltskandal zugestimmt oder auch nur eine einzige halbwegs lichte Seite abgewonnen hätte.

Dänische Stimmen zur schleswigschen Frage.

Drahtmeldung des Wolffschen Telegraphenbüros.

Kopenhagen, 10. Mai.

Am Montag wird der dänische Reichstag zur Beratung der durch die Bestimmung der Friedenskonferenz geschaffenen Lage eine Geheimsitzung abhalten. Aus allen veröffentlichten Erklärungen politischer und anderer hervorragender Persönlichkeiten geht mit größter Klarheit hervor, daß der größte Teil des dänischen Volkes in der Frage der Volksabstimmung in der dritten, auf rein deutschem Gebiet gelegenen Abstimmungszone geschlossen hinter Regierung und Reichstag steht. Gegenüber einem Vertreter des dänischen nordschleswigschen Blattes „Dannevirke" erklärte Ministerpräsident Zahle: „Wir erstreben einen dänischen Nationalstaat. Wir wünschen alle Dänen vereinigt, aber wir wünschen nur den Anschluß von solchen, die dänisch sind aus Ueberzeugung und von Herzen." Der frühere Ministerpräsident Reichstagsabgeordneter Neergaard sagte gegenüber demselben Pressevertreter: „Wir haben eine Abstimmung so weit nach Süden gewünscht, als es überhaupt ein dänisches Volkselement von nennenswerter Bedeutung gibt. Dagegen wünschen wir nicht die Einverleibung von Gebieten mit einheitlich deutscher Bevölkerung. Diese wäre für Dänemark eine große nationale Gefahr, denn das deutsche Element würde dann in Schleswig das Uebergewicht erhalten."

Der Reichstagsabgeordnete Sigvald Olsen, Mitglied der dänischen Abordnung für Schleswig erklärte: „Wir würden durch die Nachricht von der Schaffung einer dritten Abstimmungszone überrascht und erschreckt. Meine Gruppe wird jede Bestrebung unterstützen, die darauf hinausgeht, eine Abstimmung in der dritten Zone zu verhindern, da die Bevölkerung selbst nicht aus nationalen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen stimmen würde. Wir würden es als ein Unglück betrachten, solche Bevölkerungsbestandteile zu erhalten. Im übrigen glaube ich, daß Deutschland, wenn es sich erst wieder emporgearbeitet haben wird, seiner Bevölkerung ebenso gute soziale Bedingungen bieten kann, als Dänemark."

Der Professor der Nationalökonomie an der Kopenhagener Universität, Mitglied des Reichstages Dr. Bird führte aus: „Welche moralische Berechtigung auch ein Sieger haben mag, den Fuß auf den Nacken des geschlagenen Feindes zu setzen, so ist unser Verhältnis und unser Recht gegenüber Deutschland nicht dasjenige eines Siegers. Unser Recht ist ein Recht des Blutes und der Zusammengehörigkeit. Aber dieses Recht wird nicht erfüllt durch eine Abstimmung unter Deutschen und unter Bedingungen, bei denen eine Losreißung von Deutschland die Befreiung von dem Anteil an der Kriegsschuld und von einer wirtschaftlichen Anarchie bedeuten würde.

Mißstimmung in Japan.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Amsterdam, 10. Mai.

Die „Daily Mail" meldet aus Tokio, daß die japanische öffentliche Meinung sich weniger mit dem Völkerbund als solchem beschäftigt als mit den Beschlüssen, die bezüglich der japanischen Interessen gefaßt worden sind. Diese Beschlüsse der Friedenskonferenz haben eine sehr feindliche Kritik hervorgerufen, die sich gegen den Völkerbundsvertrag wendet. Mehrere Blätter gehen in ihren Anwürfen gegen die amerikanischen Motive im fernen Osten und in persönlichen Angriffen gegen den Präsidenten Wilson sehr weit. Das Blatt „Yamato Shimbun" greift Wilson heftig an und schreibt sein Vorgehen dem angelsächsischen Bestreben, im Völkerbund die Oberherrschaft zu haben, zu. Der „Miroku Shimb" tritt für einen Völkerbund der östlichen Völker ein. Wie „Daily Mail" meldet, bringt diese wütende Kritik der japanischen Blätter die bittere Enttäuschung Japans über die Nichtannahme seiner Vorschläge bezüglich der Gleichheit der Rassen zum Ausdruck.

7½prozentige Anleihen zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Laut „Daily Mail" beabsichtigen britische, amerikanische, skandinavische und holländische Finanzkreise ein Konsortium zu bilden, um 7½prozentige Anleihen zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete Frankreichs und Belgiens und für die Unterstützung der italienischen Industrie aufzutreiben.

Die Auslieferung unserer Handelsflotte. Von der Flotte des Norddeutschen Lloyds sind den Ententemächten auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen bis jetzt im ganzen 24 Dampfer mit 195 019 Br.-Reg.-To. zur Verfügung gestellt worden.

Zu einer Schießerei mit Handgranaten und Gewehren kam es gestern abend anläßlich einer Versammlung des jüdisch-liberalen Jugendvereins in der Philharmonie in der eine Anzahl Antisemiten die Ausführungen der Redner (Rabbiner Dr. Vogelstein-Königsberg und Kellermann-Berlin) über religiöse Themen durch Zwischenrufe störten und deshalb aus dem Saale gedrängt wurden. Es kam zu einer Schlägerei, in die sich auch Soldaten aus einem neben dem Versammlungssaal liegenden Raum mischten; bald ertönten auch Schüsse, und die Ruhe wurde erst wiederhergestellt, als die herbeigerufene kleine Polizeitruppe durch eine Abteilung Regierungstruppen Unterstützung erhielt. Mehrere Personen sind verletzt.

Clemenceaus Eröffnungsreden.

Die Ansprache, mit der Clemenceau am 7. Mai die deutsche Friedensabordnung in Versailles begrüßte (inhaltlich kurz gemeldet in der „Vossischen Zeitung" vom 8. Mai morgens), hatte, nach einem Bericht der „Köln. Ztg." folgenden Wortlaut:

„Meine Herren Bevollmächtigten des Deutschen Reichs! Es ist weder die Zeit noch der Ort, überflüssige Worte zu machen. Sie haben die beglaubigten Bevollmächtigten der kleinen und großen Mächte vor sich, die vereint waren, um den Krieg aufzunehmen, den grausamsten Krieg, der ihnen in schmerzlicher Weise auferlegt wurde. Die Stunde für die schwere Abrechnung hat geschlagen. Sie haben von uns den Frieden verlangt. Wir sind geneigt, ihn Ihnen zu geben. Das Buch, das Ihnen gleich überreicht werden wird, enthält unsere Friedensbedingungen. Es werden Ihnen notwendigerweise alle Erleichterungen gewährt werden, damit Sie diese Bedingungen mit Muße prüfen können, wobei selbstredend das unter solchen Umständen bei gesitteten Völkern übliche Verfahren eingehalten werden wird. Ich muß, um vollständig zu sein, Ihnen sagen, daß gegenwärtig, wo wir den zweiten Versailler Frieden vorbereiten wollen, dieser Friede von uns allzu teuer erkauft worden ist, als daß wir uns nicht aller Sicherungen und Bürgschaften vergewisserten, damit er dauerhaft werde, und zu dem Ende werden wir alle Mittel anwenden, die in unserer Gewalt liegen, und uns jede Genugtuung verschaffen, auf die wir Anspruch haben, damit ein zweiter Krieg nicht mehr in derselben Weise entfesselt werde."

Die zweite Rede, in der Clemenceau den Gang der Geschäftsordnung darlegte, lautete wörtlich:

„Ich habe jetzt die Ehre, den Herren Bevollmächtigten Kenntnis von dem Verfahren zu geben, das zur Annahme gelangt ist. Wenn jemand Bemerkungen zu machen hat, so hat er selbstverständlich das Recht, das Wort zu ergreifen. Es gibt keine mündliche Verhandlung. Die Bemerkungen sind schriftlich einzureichen. Der Präsident teilt den deutschen Bevollmächtigten mit, daß sie eine Frist von 15 Tagen haben, um ihre Bemerkungen schriftlich, Englisch und Französisch, über die folgenden einzelnen Punkte des Vertrages einzureichen. (Folgt die Aufzählung der Kapitelüberschriften.) Vor Ablauf der 15 Tage haben die deutschen Vertreter Gelegenheit (faculté), ihre Antworten einzusenden oder Fragen zu stellen. Der Oberste Rat der Konferenz wird innerhalb einer von ihm zu bezeichnenden Frist seine Antwort erteilen. Selbstredend, falls die deutschen Vertreter ihre Bemerkungen innerhalb einer kürzeren Frist, sagen wir drei, vier oder fünf Tage, einreichen sollten, so würde der Rat sich nicht an den Ablauf der 15 Tage halten."

Die französische Presse behandelt die Erklärungen Fehrenbachs und Scheidemanns im Friedensausschusse und Eberts Aufruf an das deutsche Volk sowie die deutschen Blätterstimmen über den Vertragsentwurf in dem Sinne, daß Deutschland eigentlich nicht überharte Bedingungen klagen dürfe, da sie noch viel schärfer hätten ausfallen können. Den erwarteten Gegenentwurf der deutschen Regierung nennt „Matin" eine lächerliche Kundgebung. Ernsthafter sei die nach dem „Matin" in allen Blättern Deutschlands ausgedrückte Absicht zu bewerten, den Vertrag zu unterzeichnen, aber nicht auszuführen; die Alliierten müßten dementsprechend handeln und die vertraglichen Sicherheiten dagegen verstärken.

Die „Humanité" erhebt wieder Widerspruch gegen den Entwurf eines Gewaltfriedens. Ein wahrer Völkerbund werde durch jeden Vertragsparagraphen unmöglich gemacht. Deutschland solle abrüsten, die Ententestaaten rüsteten um so stärker. Man wolle, daß Deutschland zahle, nehme ihm aber seine Kolonien und Auslandswerte, so daß seine Gütererzeugung herabgesetzt und seine Zahlungsfähigkeit geschwächt werde. „Was wird das deutsche Proletariat tun", fragt das Blatt, „wenn die deutsche Regierung gestürzt wird? Wird eine Diktatur Noske oder eine kommunistische Regierung kommen? Was wird dann Rantzaus Unterschrift wert sein? Wir können diese ungeheuren Fragen heute nicht erschöpfen und begnügen uns, die Sackgasse zu zeigen, in welche unsere Regierungen geraten sind."

Gotha gegen die Landestrauer.

* **Gotha**, 10. Mai.

Die Landesregierung des Freistaates Gotha hat folgende Bekanntmachung erlassen: „Die Landesregierung kann sich dem Wunsche des Reichsministeriums, betreffend die achttägige Landestrauer aus Anlaß der harten Friedensbedingungen nicht anschließen. Wie wir den Krieg bekämpft und verabscheut haben von Anfang an, so sind wir auch Gegner jeden Gewaltfriedens. Wir erleben heute keine „bittere Enttäuschung", wie es in der Kundgebung der Reichsregierung heißt, sondern wir sehen nur die naturnotwendige Folge des Krieges und würden auch im umgekehrten Falle, wenn Deutschland den Gewaltfrieden der Entente aufoktroyiert hätte, protestiert haben."

Kurze Nachrichten.

Die Reichsregierung hat zu Montag mittag 1 Uhr den Staatenausschuß nach Berlin einberufen. In einer am 9. Mai unter dem Vorsitz des Finanzministers Dernburg abgehaltenen Sitzung des Ausschusses wurde beschlossen, der Einbringung des Entwurfs eines Erbschaftssteuergesetzes sowie des Entwurfs einer Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung an die Verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung zuzustimmen.

*

Ganz unerwartet, weil ohne jede vorherige Benachrichtigung, ist am Sonnabend in Münster aus Rotterdam ein Transport von Südwestafrikanern eingetroffen, bestehend aus 67 Offizieren, 38 Frauen, 44 Kindern und 1317 Soldaten. Dem Kolonialministerium hatten die Engländer von diesem Transport keine Kenntnis gegeben.

*

Wie der Waffenstillstandskommission mitgeteilt worden ist, ist die Heimschaffung der deutschen Truppen von Konstantinopel und Saloniki bereits im Gange.

Gegen die von den Polen beabsichtigte Ausschreibung zu Wahlen im Gebiete der Provinz Posen ist energisch Einspruch erhoben worden, da dieses Gebiet einstweilen staatsrechtlich noch der Oberhoheit des Deutschen Reiches untersteht.

---

glaubte nicht, daß es ein Vergnügen sei. Wir aber sollen Feilenpacker nicht nur als Muß (darüber ließe sich reden), sondern auch noch als Lust empfinden.

Und am schlimmsten: Es sind viele unter uns, die Mehrheit vielleicht, denen Feilenpacken zur Lust geworden ist. Sie packen ihre Feilen und haben längst vergessen, daß sie als Menschlein und nicht als kleine Feilenpacker in die Welt gesetzt wurden.

Es ist nicht immer so gewesen.

Als die Erde jung war, als die Völker Jünglinge waren, da war der Mensch Jäger, Fischer, Bauer, Gärtner, Koch, Zimmermann und was noch alles, weiß der Himmel. Er war es alles an einem Tage, wie es sich traf. Bei alledem war er Mensch. Zuerst Mensch, dann Jäger, Fischer, Bauer, Gärtner, Koch, Zimmermann und was noch alles, weiß der Himmel.

Als die Erde älter wurde, als aber wenigstens in einem Erdteil das Volk noch ein Jüngling war, da konnte der Mensch, wenn er Hirn und Kraft in sich hatte, heute Tellerwäscher, die Woche darauf Wanderredner, nach einem Jahre Fabrikant von Putzpomade, ein anderes Mal Schullehrer, Börsenmakler oder ähnliches sein. Vielleicht starb er in der fünften Avenue und sein schnurriges oder salbungsvolles Testament füllte eine halbe Spalte im „American" und wurde prompt nach Europa gekabelt. Möglich auch, daß er irgendwo am Wege verendete. Gleichgültig, immer war er Mensch gewesen. Zuerst Mensch, dann Tellerwäscher, Wanderredner, Putzpomadenfabrikant, Schullehrer, Börsenmakler, Millionär oder Lump.

Wir aber packen Feilen, und des Feilenpackers Sohn wird wieder Feilen packen.

Es hat Augenblicke gegeben, da wir wählen konnten: Mensch sein oder Feilen packen?

Wir haben uns entschieden — für das Feilenpacken.

Leb' wohl. Ich gehe Feilen packen.

Kunstnachrichten. Das Graphische Kabinett J. B. Neumann eröffnet eine Ausstellung der Gemälde von Lyonel Feininger. Es ist die erste Gesamtschau des Malers.

Die Eröffnung der Münchener Neuen Sezession findet Mitte Mai statt.

Dem Ansturm der jungen Opposition ist jetzt der gesamte Vorstand des Leipziger Kunstvereins gewichen, dem u. a. Professor Wach, Kommerzienrat Grieseke, Hofrat Arthur Weiner, Kommerzienrat F. Meinhold, Oberregierungsrat Johannes v. Tschudi und Direktor des Museums der bildenden Künste Prof. Zschimmer angehören. Bis zur Neuwahl des Vorstandes, die in der Hauptversammlung am 24. Mai erfolgen wird, führt der bisherige Vorstand die Geschäfte weiter.

Das Siegesfest. Clément Vautel glossiert das geplante Siegesfest der Nationen in seiner bekannten Rubrik „Mein Film" im „Journal", 29. April:

„Die Vorschläge strömen nur so. Einer, von einem Poilu ausgehend, lautet: „Die Zivilisten ändern ihre Art nicht; sie wollen unentwegt, daß wir Soldaten vor ihnen paradieren. Unter einem Siegesfeste verstehen sie nichts anderes, als eine militärische Parade. Ich aber finde, daß wir vor den Zivilisten genügend paradiert haben. Warum sollen nicht auch einmal die Zivilisten vor den Soldaten paradieren? Es gibt ja so viele Zivilisten, die sich gleich uns um den Sieg verdient gemacht haben! Da sie ebenfalls Arbeit gehabt haben, mögen sie nun auch die Ehren genießen. Ich würde den Vorbeizug der Zivilisten folgendermaßen gestalten: An der Spitze marschiert der politische Große Generalstab (zu Pferde oder in Wägelchen). Dann kommen, zu Vieren aufgereiht, mit den Augen nach rechts oder links, entsprechend ihren politischen Meinungen, die Parlamentarier. Damit wird ein allerliebstes Durcheinander geschaffen. Es folgen dann der Reihe nach: die französische Akademie in Uniform und zu Pferde. — Die Kriegslieferanten, sämtlich dekoriert, mit ihrer Fahne, die in goldenen Buchstaben den glorreichen Wahlspruch trägt: „Geld, Vaterland." — Die Stammgäste des Café du Commerce unter ihrem Kommandanten Bravida. — Die Schleichhändler — Intendanz der Fouillverwaltung —, die auch beim Vorbeimarsch nach gewohnter Weise Ellbogen an Ellbogen aneinanderpressen und damit zeigen, wie vorzüglich ihre Verwaltung ist. — Die Patinnen der Poilus; sie verkörpern den Dienst „Postlagernd" und „Mein Schätzchen". — Das Korps der Liebesjungfrauen, die, in Paris, die Verbindung mit den Verbündeten besorgten. Diese Damen und Fräuleins marschieren, ihrer Gewohnheit entsprechend, nach dem Takte der unwiderstehlichen Melodie „Komm, mein Hühnchen . . ." Ich hatte auch daran gedacht, den Journalisten in ihrer Art als Linienregimenter und Angriffstruppen einen Platz im Festzuge einzuräumen. Wie aber sollen sie in diesem Falle ihren Bericht verfassen können?"

So lautet also das Projekt meines Soldaten . . . Ich unterbreite es Séwer, der ja ein großer Massenorganisator ist und der auf diese noch zu vervollständigenden Unterlagen hin wirklich etwas Großes vorbereiten könnte. Die Auflösung des Siegeszuges würde selbstverständlich beim Obelisken zu erfolgen haben. Es ist nämlich höchst merkwürdig, daß bei allen vorliegenden Projekten für das Siegesfest die Vorschlagenden ihren Zug auf dem Eintrachtsplatze enden lassen. Hoffen wir, daß dieses Auseinandergehen auf dem „Eintrachtsplatze" kein Symbol, sondern nur reiner Zufall ist . . ."